

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

110 (12.5.1927)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikrevue / Sport und Spiel / Reimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenchuch

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post
2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erschien 8 mal wöchentlich
normales 11 Uhr o. Doppelt 2000 Mark o. Erschien 8 mal wöchentlich
normales 11 Uhr o. Doppelt 2000 Mark o. Erschien 8 mal wöchentlich
normales 11 Uhr o. Doppelt 2000 Mark o. Erschien 8 mal wöchentlich

Nummer 110 Karlsruhe - Donnerstag, den 12. Mai 1927 47. Jahrgang

Gegen zweideutigen Jugendschutz

Die Beratung der Schund- und Schmutzvorlage im Reichstag - Eine scharfe Kritik von sozialdemokratischer Seite

11. Mai. (Eig. Draht.) Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung stand neben einigen Beratungsgegenständen, die keinerlei Ausprägung hervorriefen, auch die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über den Schutz der Jugend vor Schund- und Schmutz. Diesem Gegenstande, der in den letzten Wochen ein besonderes Interesse hervorgerufen hat, wurde die auffallend starke Beteiligung des Hauses. Die Fraktionen waren beinahe bis auf den letzten Mann vertreten und die Regierungsparteien rechneten vermuthlich mit einer Ablehnung. Diese sollten dann auch nicht ausbleiben. So ergab die Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, beantragten die Sozialdemokraten die Ablehnung des Gesetzes, weil die Bestimmungen zu unklar und unvollständig seien, weil die Bestimmungen zu unklar und unvollständig seien.

möchte man den Nachschub an dem Wege gehen und weißt darauf hin, daß die fehlenden 40 Millionen Mark am besten durch Einziehung der vorhandenen Rückstände aufzubringen sind, wodurch sich der sozialdemokratische Antrag und die Nachschubzahlungen von selbst erledigen.
Wir können uns mit dem Vorschlage unter keinen Umständen einverstanden erklären. Einmal bietet er absolut keine Garantie, daß die fehlende Summe auch wirklich aufgebracht wird; andererseits besteht die Gefahr, daß man die Steuern Steuerzahler über ihre Kraft zu Zahlungen zwingt, während erfahrungsgemäß die Steuern ungeschoren davonkommen. Die Sozialdemokratie muß darauf bestehen, daß die gesetzliche Handhabung geschaffen wird, um das Vermögenssteuerdefizit unbedingt aufzubringen.

Die Kathedrale in Reims restauriert

Feierliche Uebertragung
Paris, 11. Mai. (Eig. Draht.) Die Kathedrale von Reims ist am Mittwoch im Beisein des Unterrichtsministers Herriot, des Erzbischofs von Reims und zahlreicher kirchlicher Behördenvertreter unter großer Feierlichkeit dem Kultus wieder übergeben worden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind im Innern so weit fortgeschritten, daß wieder Gottesdienste abgehalten werden kann.
Der Unterrichtsminister Herriot hielt bei der Feier eine große Rede, wobei er in einem historischen Rückblick in scharfen Worten die kriegerischen Zerstörungen, die zur Zerstörung der Kathedrale geführt haben und den Nationen dankte, wie Dänemark, Norwegen, England und Amerika, die durch zahlreiche freiwillige Spenden den Wiederaufbau ermöglicht haben. Er schloß seine Ausführungen mit der Betonung des Friedenswillens Frankreichs, das bereit sei, alle Bemühungen um den Weltfrieden zu unterstützen, die ehrlich gemeint seien.

Die Elektrifizierung der Reichsbahn

Zu dem Wunsch der Reichstags-Delegation, am Eintritte eines elektrischen Schnellbahndienstes zwischen Leipzig und Berlin wird von den Blättern mitgeteilt, daß das Projekt der Reichsbahn die Elektrifizierung des gesamten Bahnnetzes ist. Man müßte aber bedenken, daß die Umstellung pro Kilometer fünf Millionen koste. Wenn man noch berücksichtigt, daß natürlich zahlreiche ähnliche Wünsche vorliegen, so liegt es nahe, daß eine Verwirklichung dieses Projektes für absehbare Zeit noch nicht gedacht werden könne. Wünsche zur Elektrifizierung der Reichsbahn beziehen sich auf den Berliner Nordverkehr und auf die Strecke München-Ulm-Stuttgart.

Um das Republiksschutzgesetz

Resignierte Zustimmung der Deutschnationalen
E.S.D. Berlin, 11. Mai. (Eig. Draht.) Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes sind am Mittwoch noch zu keinem endgültigen Abschluß geführt worden. Es steht jedoch fest, daß die Deutschnationalen erhebliche Schwierigkeiten nicht mehr machen und dem Kaiserparagrafen bereits ihre Zustimmung gegeben haben. Das ist gleichbedeutend mit einer Verlängerung des Verbots einer Rückkehr Wilhelms nach Deutschland. Strittig ist noch, ob der Staatsgerichtshof in seiner gegenwärtigen Form weiter bestehen bleibt, oder — wie die Deutschnationalen fordern — aufgehoben werden soll.
Die Reichsregierung hat am Mittwoch zwar eine Kabinettsitzung abgehalten, sich jedoch mit der Frage einer Verlängerung des Republiksschutzgesetzes nicht befaßt. In sich bildete diese Angelegenheit einen Punkt auf der Tagesordnung.

Wie aus Blättern zu entnehmen ist, scheinen die Verhandlungen innerhalb der Regierungskoalition über das Republiksschutzgesetz tatsächlich zu einer gewissen Klärung geführt zu haben. Die Deutschnationalen sollen sich vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktion mit der Verlängerung des sogenannten Kaiserparagrafen einverstanden erklärt haben, während das Zentrum als Gegenleistung auf die Beibehaltung des Staatsgerichtshofes verzichtet würde. Sollten sich die Fraktionen der Regierungsparteien, die heute zu der Frage wieder Stellung nehmen werden, mit einer solchen Regelung einverstanden erklären, so dürfte eine entsprechende Gesetzesvorlage der Reichsregierung eingebracht werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die für eine Zweidrittelmehrheit erforderliche Unterstützung finden wird.
In der heutigen Germania wird ein im Reichstag umlaufendes Gerücht berichtet, nach dem die Deutschnationalen auf einen Winke von Doorn warten, der ihnen die Zustimmung zu Paragraph 23 erleichtern soll.

Missetat eines französischen Offiziers

Koblenz, 11. Mai. Am 29. Januar schritt ein französischer Offizier mit einer Abteilung Soldaten über besetzte Felder eines Rittergutes bei Trier. Der Verwalter des Gutes hat den Offizier, dies zu unterlassen. Der Offizier griff darauf zur Wehr und schlug damit dem Verwalter ins Gesicht. — Im Disziplinarwege wurde der Offizier mit 30 Tagen Gefängnis bestraft. Ferner soll er, wie verlautet, keine Strafverurteilung nach Sibirien erhalten haben.

Ein Stahlhelmer als Mörder

Berlin, 12. Mai. (Sunddienst.) Aus Steffin wird gemeldet, daß der Stahlhelmann und Förster Dahnke auf der Landstraße von vier Männern wegen seiner Kleidung belästigt wurde. Der Förster holte sich daraufhin ein Radwehr und als er wieder auf die Gerner stieß, schoß er und verletzte den Schachtmesser Radewig aus Galls so schwer, daß dieser gleich nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

1926 eine Million Betriebsunfälle
Ueberlange Arbeitszeit — mangelhafte Revisionstätigkeit

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht in Heft 3 der „Antwärtigen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Besonders interessiert der Abschnitt „B. Unfallversicherung“. Hier wurden bereits die „vorläufigen“ Rechnungsergebnisse in der Unfallversicherung für das Jahr 1926 mitgeteilt. Danach ist der Bestand der Berufsgenossenschaften kaum geändert. Ingesamt waren etwa 26 Millionen gegen Unfall versichert. Die im Jahre 1926 geleisteten Entschädigungen betragen rund 260 000 000 M. einschließlich der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit, gegen 178 739 589 M. im Jahre 1925.

Durchführung der Unfallversicherung eine zwingende Voraussetzung für den Schutz von Leben und Gesundheit ist, dafür gibt der Geschäftsbericht bereites Zeugnis.
Auf Seite 190 des 3. Heftes der „Antwärtigen Nachrichten des RVV.“, Titel: „Ueberwachung der Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften durch technische Aufsichtsbeamte“ erfahren wir, daß von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften zwei überhaupt keine technischen Aufsichtsbeamten haben, während 64 Berufsgenossenschaften insgesamt 402 technische Aufsichtsbeamten, die in 258 Fällen zugleich als Rechnungsbeamte tätig sind. Diese 402 Beamten haben im Berichtsjahr 62 633 Prüfungstage gehabt; das sind 32 070 Tage auf Betriebsprüfungen, 3399 1/2 Tage auf Lohnbuchprüfung und 6563 Tage auf „andere“ Dienstbeistandigung. Dana geschafften von den gesamten Prüfungstagen auf jeden dieser Beamten 155 1/2 Prüfungstage. Nach den Rechnungsergebnissen (1925) zählen wir 857 691 gewerbliche Betriebe. Demnach entfallen auf jeden der 402 technischen Aufsichtsbeamten rund 2134 Betriebe; da jeder dieser Beamten 155 1/2 Prüfungstage hatte, würde er pro Tag 13 Betriebsprüfungen überhaupt durchgeführt haben. Das ist jedoch ausgeschlossen. Rechnet man das Jahr zu 300 Werktagen, dann müßte jeder dieser Beamten pro Tag 7 1/2 Betriebsprüfungen durchgeführt haben. Auch das hätten wir für ausgeschlossen. Bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbauberufsgenossenschaften sind nach dem Bericht 176 330 Beschäftigungen vorgenommen worden. Da 109 technische Aufsichtsbeamte vorhanden sind, die in 109 Fällen zugleich Rechnungsbeamten sind, pro Geschäftstag (das Jahr zu 300 gerechnet) kämen auf jeden dieser Beamten rund fünf Beschäftigungen.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 863 502 im Jahre 1925 auf 1 Million einschließlich der Fälle von Berufskrankheiten im Jahre 1926 gestiegen. Das ist eine Zunahme im Berichtsjahre um 136 498 Fälle. Zieht man das Jahr 1911 zum Vergleich heran, dann sind — obwohl das damalige Reichsgebiet wesentlich größer war — nur 789 371 Unfälle gemeldet worden. Das Jahr 1926 übersteigt diese Zahl um 210 227 Fälle. Auch die Zahl der erkrankten, entschädigten Unfälle zeigt eine recht erhebliche Steigerung; sie beträgt für das Jahr 1926 etwa 125 000, das ist ein Mehr gegen 1925 von 17 481 Fällen. Leider ist in den vorläufigen Rechnungsergebnissen die Zahl der tödlichen Unfälle nicht angegeben. Warum nicht?
Den gemeldeten Unfällen mißt man nicht die Bedeutung bei, die ihnen im Wirtschaftsleben zukommt. Die Berufsgenossenschaften sind der Ansicht, daß die Unfallversicherung nur deshalb hoch erscheint, weil die Arbeiter bezogen. Arbeiterinnen selbst die geringsten Verletzungen als Unfall bezogen. Diese Behauptung ist hinfällig, weil jeder Unfall, der Erwerbsunfähigkeit mit sich bringt, für die Arbeiterin einen Verlust mit sich bringt und damit einen wirtschaftlichen Schaden zur Folge hat. Doch selbst wenn das nicht der Fall wäre, wenn man nur die erkrankten, entschädigten Unfälle beachtet, dann muß doch die starke Steigerung dieser Art Unfälle sehr bedenklich stimmen. Welche Ursachen ermöglichen diese große Vergrößerung an Gesundheit und Arbeitskraft? Dafür kommt hauptsächlich die lange Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden in den Betrieben in Betracht. Die lange Dauer und die Intensivität, mit der gearbeitet werden muß, tragen viel zur Verschärfung der hohen Unfallrisiken bei. Vor allem ist es die ungenügende Ueberwachung der Betriebe zur Durchführung der Unfallversicherungsrichtlinien. Hier muß das Reichsversicherungsamt als oberste Behörde der Unfallversicherung energischer eingreifen, denn so darf es und kann es nicht weitergehen. Dafür, daß eine intensivere Ueberwachung der Betriebe bzw. der Arbeitsstätten zur

Die völlige Unzulänglichkeit offenbart sich indes in geradezu katastrophaler Weise, wenn das RVV. in seinem Bericht dann selbst sagt: Bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden von 619 642 vorhandenen Betrieben 117 717 befristet. Das heißt: Vier Fünftel der Betriebe sind im Jahre 1926 auch nicht ein einziges Mal einer Revision unterzogen worden.
Da ist allerdings nicht verwunderlich, wenn in so unzulässiger Weise Arbeitskraft und Menschenhaut vergeudet wurde wie im Jahre 1926.
Das Reichsversicherungsamt muß sich mit aller Energie für die Ausgestaltung und Ueberwachung zur Durchführung der Unfallversicherung in den Betrieben einsetzen. Nicht der Profitlust der Unternehmer darf Rechnung getragen werden, im Vordergrund muß der Schutz der Arbeitskraft stehen. Das ist heute notwendiger denn je, wenn die deutsche Wirtschaft geunden soll.

Reichsfinanzministerium und Vermögenssteuer

Das Reichsfinanzministerium hat im Steuerjahr 1926/27 rund 40 Millionen weniger erbracht, als im Voranschlag vorgegeben war. Der Vermögenssteuerertrag enthält nun eine Vorrichtung, wonach die Vermögenssteuer für 1926/27 eine Nachzahlung zu leisten hat. Der Betrag unter dem Voranschlag von 400 Millionen ist nicht mehr zu realisieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Vorrichtung gestützt und in einem Antrag an den Reichstag eine entsprechende Nachzahlung verlangt. Im Reichsfinanzministerium werden nach den Tagen entscheiden. Im Reichsfinanzministerium

Zum Parteitag in Kiel

(Schluß.)

Der parlamentarische Bericht gibt der Partei Gelegenheit zur...
...die ihre Hoffnungen nicht auf eine von irgendwem...
...die ihre Hoffnungen nicht auf eine von irgendwem...

Die gegenwärtige Regierungskoalition dürfte ja...
...die gegenwärtige Regierungskoalition dürfte ja...

Die Arbeiterbewegung brauchen für ihre Organ...
...die Arbeiterbewegung brauchen für ihre Organ...

tion wirklich aktiv zu machen. Wir sehen, daß Unternehmer und...
...tion wirklich aktiv zu machen. Wir sehen, daß Unternehmer und...

Gemeindepolitik

Das Gebäudebesondersteuergesetz

Der vierte Organisationsbezirk unserer badischen Parteiorgan...
...Der vierte Organisationsbezirk unserer badischen Parteiorgan...

Im weiteren Teil seiner Rede kommt Gen. Maier auf die poli...
...Im weiteren Teil seiner Rede kommt Gen. Maier auf die poli...

Darlehen, Wohnungsbau, Bodenreform, Gekümmerung, Mietpreis...
...Darlehen, Wohnungsbau, Bodenreform, Gekümmerung, Mietpreis...

Schließlich fand noch folgende Entschliessung einstimmige An...
...Schließlich fand noch folgende Entschliessung einstimmige An...

Soziale Rundschau

Landesversammlung des badischen Krüppelfürsorgevereins

Am letzten Samstag hielt der Badische Krüppelfürsorgeverein...
...Am letzten Samstag hielt der Badische Krüppelfürsorgeverein...

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde der Plan, ein Beh...
...Im weiteren Verlauf der Tagung wurde der Plan, ein Beh...

Zur gefälligen Beachtung!

Die Sprechstunde der Redaktion!

Ist an allen Wochentagen vormittags von 11-12 Uhr. Auskünfte...
...Ist an allen Wochentagen vormittags von 11-12 Uhr. Auskünfte...

Berliner Maibowle mit Seldler!

Stoße Ereignisse werden ihre Schatten voraus. Man war auf...
...Stoße Ereignisse werden ihre Schatten voraus. Man war auf...

haben die Ereignisse hinter uns! Es war zum Lachen...
...haben die Ereignisse hinter uns! Es war zum Lachen...

den, denen ein Duzend Armeemärzche, verschiedene Wirtel mit den...
...den, denen ein Duzend Armeemärzche, verschiedene Wirtel mit den...

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Vollsbühne: Camont von Goeth.

Zu Beginn des Jahres 1775 machte Goethe im Hause der...
...Zu Beginn des Jahres 1775 machte Goethe im Hause der...

den und Modestakes widersteht ihm an; er fand keinen Weg zu...
...den und Modestakes widersteht ihm an; er fand keinen Weg zu...

Die Aufführung gibt zu neuen Bemerkungen keinen Anlaß...
...Die Aufführung gibt zu neuen Bemerkungen keinen Anlaß...

